

**Haupt-
versammlung**
der LINKEN. Lichtenberg
13. Oktober, 9 Uhr,
OSZ Bürowirtschaft II,
Marktstraße 2-3



Foto: Katrin Petermann

Bezahlbare Mieten

Von Michael Grunst, Bezirksvorsitzender der LINKEN. Lichtenberg

DIE LINKE wird auf der nächsten Hauptversammlung Vorschläge für ein bezahlbares und gutes Wohnen in Lichtenberg diskutieren. Der Bezirk hat Zuzug. Das spricht für erfolgreiche sechszehnjährige LINKE Bürgermeisterei. Die Wohnungsbestände sind modern, gut erschlossen und über 50 Prozent städtischer oder genossenschaftlicher Bestand.

„Zählgemeinschafts“-Bürgermeister Geisel sieht seinen politischen Schwerpunkt im Wohnungsneubau. Der Berliner Kurier feierte vor wenigen Tagen die Mietpreise von knapp 15 Euro warm pro Quadratmeter im „Q216“ an der Frankfurter Allee als preiswertes Wohnen.

DIE LINKE sieht dies mit Besorgnis. Neubau von Wohnungen ja, vor allem muss aber die Mietentwicklung bei den Bestandsmieten und Neuvermietungen gedämpft werden. Dringlich ist, die Dynamik der Mieterhöhungen bei den städtischen Gesellschaften zu bremsen.

Die Wohnungsgenossenschaften im Bezirk machen es vor: Schon seit Jahren erhöhen einige ihre Mieten nicht. Andere, wie die Wohnungsgenossenschaft Lichtenberg, verkünden ein Mietemmoratorium bis zum Jahr 2018. Das wirkt über den Mietspiegel mietspreisdämpfend.

Der SPD-Bezirksbürgermeister sollte sich dafür einsetzen, das im Wahlkampf (!) von der SPD verkündete Mietemmoratorium um fünf Jahre zu verlängern. Die „Zählgemeinschaft“ lehnte einen solchen Antrag der LINKEN in der August-Sitzung der BVV ab. Aber Wohnungsneubau allein kann in Lichtenberg kein bezahlbares und gutes Wohnen sichern.

Der Plan vom Glück

Am 21. August beendete die Vorsitzende der Partei DIE LINKE Katja Kipping ihre Sommer-tour mit einem Besuch in Lichtenberg. Auf Einladung von Gesine Löttsch diskutierte sie im Immanuel-Kant-Gymnasium gemeinsam mit Schülern über das Thema Eurokrise. Im Mittelpunkt der Debatte stand Griechenland, denn Gesine hatte Martha Vasileiadi mitgebracht, eine 34-jährige Lehrerin aus Athen, die gerade ein einmonatiges Praktikum bei ihr absolviert (→ Artikel Seite 5).

Die Jugendlichen waren nicht nur ausnehmend gut informiert, sondern auch überaus diskussionsfreudig. Gesine und Katja beantworten viele Fragen zu den Ursachen und zu den Vorschlägen der LINKEN zur Bewältigung der Krise. Von besonderem Interesse aber war, wie diese sich ganz konkret auf das Leben der Menschen in Griechenland auswirkt.

Martha hatte davon geträumt, mit ihrem Freund eine Familie zu gründen. Stattdessen musste sie zu ihren Eltern zurückziehen, weil sie sich die eigene Wohnung nicht mehr leisten konnte. Ihr Freund ist arbeitslos geworden, und sie weiß nicht, ob sie ihre Arbeit

behalten wird. „Ich will arbeiten, Kinder haben. Ich will einen Staat, der sich für mich interessiert.“

Auf die Frage eines Schülers, wo denn die Milliarden blieben, die nach Griechenland gepumpt würden, antwortete Martha: „Die kommen ja nicht bei den Menschen an. Das Geld geht an die Banken.“

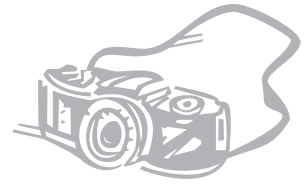
Viele Unternehmen, auch Banken, werden jetzt privatisiert. Freunde von Martha haben nach dem Studium Arbeit in staatlichen Einrichtungen bekommen, die plötzlich privatisiert worden sind. Es ist ein großes Problem, sein Leben nicht mehr planen zu können.

Ein Schüler fragte Martha, wie in ihrer Heimat Griechenland die Deutschen gesehen würden. Sie antwortete, dass viele Griechen in Deutschland leben und Deutsch an griechischen Schulen neben Französisch die zweite Fremdsprache ist. Griechen sind sensibel und deshalb traurig über das Bild, das in den Medien von ihnen gezeichnet wird. „Aber ich werde nach meiner Rückkehr von meinem Besuch in eurer Schule berichten. Auch das wird das Bild ändern.“

Tatjana Behrend

In dieser Ausgabe

- Bürgerhaushalt (Seite 2)
- Protestplanschen (Seite 3)
- Buslinie 193 (Seite 4)
- Vorgestellt: Martha Vasileiadi aus Griechenland: (Seite 5)
- Marion Plattas Wahlkreis (Seite 6)
- Die Krise brummt (Seite 7)



Mehr Durchblick beim Bürgerhaushalt

Von Hendrikje Klein,
Sprecherin für Bürgerbeteiligung

Das beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im Juni fraktionsübergreifend. Das von der LINKEN seit Jahren maßgeblich gestaltete Projekt selbstbestimmter Kiezgestaltung ist bundesweit beispielgebend. Nun soll und kann der Lichtenberger Bürgerhaushalt schneller und direkter zu Ergebnissen führen. Das ist der Erfolg einer monatelangen Diskussion in Workshops und AGs, in denen wir uns gemeinsam mit den Bürgern und Stadtteilzentren durchsetzen konnten.

Neue Beteiligungsqualität

Ab sofort sind das ganze Jahr über Vorschläge einreichbar. Ein zehnköpfiges ehrenamtliches Begleitgremium filtert dazu vierteljährlich gemeinsam mit der Verwaltung das unmittelbar Umsetzbare heraus; es wird der BVV zur sofortigen Beschlussfassung vorgelegt. Das Begleitgremium besteht aus beratenden und stimmberechtigten Mitgliedern. Es kann Experten oder sachkundige Bürger zu seinen öffentlichen Beratungen hinzuziehen. Stimmberechtigt sind (geschlechterquotiert) 10 Bürgervertreter, 5 Mitglieder der BVV auf Vorschlag der in der BVV vertretenen Parteien und 3 Mitglieder des Bezirksamtes (je 1 Mitglied der im Bezirksamt vertretenen Parteien). Hinzu kommen ständige Mitglieder mit beratender Stimme, die z. B. Senioren oder Behinderte vertreten. Manche langwierigen Prozeduren können auf diese Weise unterbleiben. Die Einreicher werden direkt in den Werdegang der Vorschläge einbezogen. Über finanziell aufwendigere Vorschläge werden weiterhin wie gewohnt die Bürgerinnen und Bürgern abstimmen, damit sie dann in den zukünftigen Bezirkshaushaltsplan eingearbeitet werden können.

Transparenz erhöht

Die Internetseite wird dafür nochmal überarbeitet, so dass die Diskussion, Ergebnisse und Umsetzungsstände jederzeit und von jedermann abrufbar sind. Diese Informationen stellen die Stadtteilzentren ebenso für alle Interessierten zur Verfügung. Das Begleitgremium wird zukünftig öffentlich tagen und so jedem die Möglichkeit geben, sich einzumischen. Damit ist vor allem beabsichtigt, den Dialog wieder mehr in den

Vordergrund zu rücken – vor allem von Mensch zu Mensch, und nicht nur am Computer. Jeder Einreicher kann an der Umsetzung seines Vorschlags mitwirken.

Bürgerhaushalt 2013

Die BVV hat im Juni ebenfalls die Liste beschlossen, welche Vorschläge im Jahr 2013 umgesetzt werden sollen. Darunter findet sich zum Beispiel eine Grundsäuberung des Teiches in der Parkaue Lichtenberg. Obgleich regelmäßig durch Mitarbeiter des Natur- und Grünflächenamtes Müll beseitigt wird, macht der Teich einen ungepflegten Eindruck, weil der Teichgrund sehr vermodert und mit Laub- und Baumresten vollständig bedeckt ist. Davon habe ich mich erst kürzlich bei einem Rundgang selbst überzeugt. Die Sporthalle der Grzimek-Schule in Friedrichsfelde-Süd soll mit Stadtbau-Ost Mitteln saniert werden. Das Heimatmuseum wird die Dorfkultur unserer Dörfer Malchow, Wartenberg und Falkenberg zum Schwerpunkt machen. Um den Zugang zum Internet für jeden zu ermöglichen, wird es in den Bibliotheken weiterhin eine kostenfreie Nutzung der Computer geben.

Die BVV hat auch Vorschläge ablehnen müssen. Zum Beispiel können keine Toiletten in Parks aufgestellt werden, denn eine einzelne kostet 100 000 Euro.

Vor Ort hinschauen

Der Beschluss ist das eine – die Umsetzung ist manchmal etwas anderes. So ergab die Antwort des Bezirksamtes auf eine kleine Anfrage, dass von den 75 Bürgervorschlägen für das Jahr 2011, „bereits 18 erfolgreich abgeschlossen sind. Für 31 Vorhaben wurden Umsetzungs- und für 14 Prüfaufträge vergeben, 12 mussten abgelehnt werden“.

Letztendlich lässt sich die konkrete Umsetzung am besten persönlich und vor Ort feststellen. Deshalb besuche ich in den nächsten Monaten die Orte, die als Objekte des erfolgreichen Bürgerhaushaltes in Lichtenberg gelten bzw. wo noch Hindernisse der raschen Verwirklichung entgegenstehen. Der Vorplatz des S-Bahnhofs Lichtenberg hat zum Beispiel nicht die im Bürgerhaushalt gewünschten Blumenkübel erhalten, dafür kommen noch ein paar Bäume, Papierkörbe und Bänke.

Über andere Umsetzungsbeispiele werde ich in den nächsten Ausgaben von „info links“ berichten. Schauen Sie mit hin! Oder informieren Sie uns, wie ein Vorschlag umgesetzt wurde, oder wo es immer noch hapert. Bleiben Sie aktiv!

KOMMENTIERT

Geröstete Schneebälle

Kürzlich beklagte der Bankenverband, dass so wenig öffentliches Verständnis für die Bedürfnisse und Nöte der Banken herrsche. Beklagt wird also die mangelnde Akzeptanz für deren Schmarotzer- und Erpresserrolle, für den staatlichen Schutz der Banken vor den Folgen der durch sie bewirkten Krise, dafür, dass das Bankenskapital mit einem gigantischen Sozialabbau erhöht wird.

Warum gründen die Eurostaaten eine Europäische Zentralbank (EZB), die den privaten Banken Kredite zu unter 2 Prozent Zinsen bietet und ihnen zugleich das Monopol der Staatskredite an die Euroländer sichert und das mit bis zu 20 und mehr Prozent Zinsen? Und warum verhindert vor allem Frau Merkel, dass Staatskredite gleich bei der EZB zu deren günstigen Konditionen aufgenommen werden können?

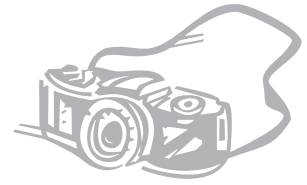
Völlig abstrus ist, dass die von den privaten Banken gegründeten Ratingagenturen die Finanz- und Wirtschaftskraft jener Länder immer niedriger einstufen, in denen noch nicht der nackte Kapitalismus herrscht. Damit liefern sie ihren Geldgebern die Legitimation, diese Staaten bei Krediten mit immer höheren Zinsbelastungen zu schröpfen.

Seit Jahren kümmert sich die Politik vorrangig um die „Not leidenden Banken“, ein Begriff, weswegen die Satiriker die Kategorie „Geröstete Schneebälle“ erfunden haben. Andere reden von mafiosen Zuständen ...

Längst ist die Politik von einer „res publica“ – einer öffentlichen Angelegenheit bzw. einer Angelegenheit für die Öffentlichkeit – unter Frau Merkel zum staatskriminellen Lobbyverein der Banken mutiert. Um den öffentlichen Nutzen von Politik wieder gewinnen zu können, müsste z. B. die EZB Kredite direkt an die Staaten ausgeben können. Die privaten Banken müssten für all ihre Risiken haften, die Allmacht der Ratingagenturen gebrochen und der Pervertierung des Geldes zur eigenständigen Ware ein sofortiges Ende gesetzt werden.

Eigentlich sollten die Banken froh sein, dass immer noch zu viele bei ihren Machenschaften nicht durchblicken ...

Peter-Rudolf Zolt



Protest gegen Personalabbau

Zum 6. September hatte das Bezirksamt alle Mitarbeiter zu einer Veranstaltung aufgerufen, um – nein, nicht zu protestieren – auf die Folgen des Personalabbaus aufmerksam zu machen. DIE LINKE beließ es nicht dabei, diese Aktion zu unterstützen. Sie forderte auf zum deutlichem Protest (Foto) gegen die Streichorgie der Großen Koalition.

Am 5. September erhielten alle Mitarbeiter der Bezirksverwaltung von Bürgermeister

Geisel eine Mail. Es bleibt den Lesern überlassen, diese als inhaltliche Klarstellung oder als Drohung gegen jene zu interpretieren, die Ross und Reiter benennen: „... zur Klarstellung des Inhalts unserer morgigen Kundgebung stelle ich noch einmal nachdrücklich fest: Auch wenn jetzt leider eine einzelne Partei der Versuchung nicht widerstehen konnte, unsere morgige Veranstaltung des Bezirksamtes für ihre parteipoli-

tisch motivierten Einzelinteressen zu nutzen, ändert das nichts am überparteilichen Charakter unserer Veranstaltung. Wir machen öffentlich auf die Folgen der geplanten Stelleneinsparungen aufmerksam, weil wir uns um die Zukunft des öffentlichen Dienstes und der Leistungen für die Lichtenberger Bevölkerung sorgen. Aber: Veranstaltungen des Bezirksamtes tragen keinen parteipolitischen Charakter und sind freiwillig. Und ich bitte Sie herzlich, morgen solchen Versuchen der Instrumentalisierung unseres Treffens entgegenzutreten ... Andreas Geisel, Bezirksbürgermeister“.

Noch am selben Tag erhielt der Bezirksbürgermeister von Wolfgang Albers, MdA der LINKEN, eine klare Antwort: „Sehr geehrter Herr Geisel, ich würde mich sehr freuen, wenn dezidiert auch die Parteien Ihrer „Zählgemeinschaft“ hier dazu aufrufen würden, diese Sparvorgaben des Senats zurückzuweisen. Noch mehr hätte es mich gefreut, wenn deren Vertreter Lichtenbergs im Abgeordnetenhaus dazu klare Worte gefunden hätten. Das wäre doch mal ein deutliches Signal gewesen. So verdichtet sich der Eindruck, dass den Damen und Herren Ihrer „Zählgemeinschaft“ auf Landesebene weniger die Interessen des Bezirks Lichtenberg am Herzen liegen, sondern dass dort in der Tat parteipolitisch motivierte Partikularinteressen im Vordergrund stehen. Wollen wir auf dieser Ebene wirklich weiter streiten?“

Die Antwort steht noch aus.

Peter-Rudolf Zoltl



Foto: Daniela Fuchs-Frotscher

Protestplanschen

Am 15. August fand vor dem seit 21 Jahren geschlossenen Stadtbad Lichtenberg ein öffentliches „Protestplanschen“ statt. Die Initiative „Licht an im Hubertusbad“ wollte mit dieser Aktion auf den desolaten Zustand des Gebäudes aufmerksam machen. Dies ist bereits der zweite Anlauf bürgerschaftlichen Engagements für dieses Gebäude.

Von 1999 bis 2003 gab es den Förderverein „Hupe e.V.“, der sich um das Stadtbad kümmerte. Damals gehörte das Bad noch dem Bezirk. Der Verein sichtete viele alte Dokumente, stellte Gebrauchsgegenstände sicher und organisierte Ausstellungen. Weiterhin suchte der Verein nach Interessenten und Sponsoren. Ein seriöser Interessent und ein Betreiber wurden gefunden, aber die Verhandlungen mit dem Liegenschaftsfonds scheiterten an den illusorischen Preisvorstellungen für das Grundstück.

2003 sah dann der Verein mangels Unterstützung aus der Bevölkerung und seitens der Landes- und Bezirkspolitik keine Zukunft mehr und löste sich auf.

Der im Frühjahr 2011 gefasste Beschluss, das Gebiet Frankfurter Allee Nord zu einem „förmlichen Sanierungsgebiet“ zu erklären, bot eine neue Chance für das Stadtbad. Die neue Bürgerinitiative ist leider zu sehr parteipolitisch ausgerichtet. Daher ist fraglich, ob tatsächlich etwas für das Bad erreicht werden kann. Was wäre zu tun?

1. Der Kontakt zum Liegenschaftsfonds ist zu intensivieren.
2. Rund 1,5 Mio. Euro Fördermittel pro Jahr für die nächsten 10 Jahre stehen bereit. Es wäre zu prüfen, ob sich Bezirk und Liegenschaftsfonds die Kosten für die Erarbeitung eines Nutzungskonzepts (ca. 50 000 €) teilen können. Anforderungen für eine öffentliche Nutzung könnten dabei festgeschrieben werden.

3. Mit dem Konzept kann man dann gerade in Lichtenberg bei den Unternehmen auf Sponsorensuche gehen.

Das Geld ist überall knapp. Aber das darf kein Grund sein, das Gebäude weiter verfallen zu lassen. Interessierte Bürger wollen deshalb aus der Initiative heraus wieder einen Verein gründen, der sich aktiv um das Stadtbad kümmert. Dazu gehört ebenso die Aufarbeitung der Geschichte des Bades. Außerdem wollen die zukünftigen Mitglieder Kontakte zu Interessenten und Sponsoren aufnehmen, um eine Zwischennutzung zu organisieren. Gleichzeitig muss die bauliche Sicherstellung gewährleistet werden.

Die Chance, im Rahmen des Sanierungsgebietes etwas für das Stadtbad zu tun, kommt so schnell nicht wieder. Auch die Bezirkspolitik muss in die Pflicht genommen werden. Die Revitalisierung des Bades ist ein langer und schwieriger Prozess, aber nicht unmöglich.

Jürgen Hofmann



Buslinie 193

Nach dem Umzug des Kinderkrankenhauses Lindenhof hat die BVG die Buslinie 193 eingestellt. Jetzt hat sich die Bürgerinitiative „Verkehrsbindung des Nibelungenviertels“ gegründet. Für „info links“ sprach Sebastian Schlüsselburg mit dem Mitglied der Bürgerinitiative Professor Winter.

● Was bedeutet die Einstellung der Buslinie 193 für die Bewohner im Kiez?

Zwei Haltestellen im Bereich der Gotlinde-, Ortlieb und Dankwartstraße fallen weg. Das ist dramatisch, weil dort noch viele Erstbezieher wohnen, die mittlerweile die 70 und 80 überschritten haben. Da sind die 300 bis 400 Meter weiter bis zur nächsten Haltestelle, die in den Antworten von BVG und Bezirksamt auf unsere Schreiben als normal angeboten werden, für viele ein echtes Problem.

● Auf Initiative der LINKEN hat die Bezirksverordnetenversammlung Ihrer Initiative den Rücken gestärkt. Das Bezirksamt wird jetzt Gespräche mit dem Senat und der BVG führen. Was erhoffen Sie sich von der Politik und der BVG?

Wir haben in der BVV-Tagung selbst miterlebt, dass der Antrag der LINKEN dazu geführt hat, dass sich Herr Stadtrat Nünthel gegenüber seinem ersten Antwortschreiben an uns bewegt hat. Das freut uns. Wir haben Varianten für eine Wiederanbindung der Gotlindestraße unterbreitet, die auch die wirtschaftliche Seite berücksichtigen, indem sie die Kilometerzahl der bisherigen Busli-

nie nicht überschreiten. Wir erwarten, dass erstmals mit uns direkt über diese oder andere konkrete Angebote gesprochen wird.

● Sie haben ja auch eine Unterschriftensammlung gestartet ...

Wir konnten schon rund 200 Unterschriften sammeln. Mittlerweile melden sich Bürger zur Mitarbeit, andere fragen, wo sie unterschreiben können. Wir arbeiten zugleich daraufhin, dass die zuständigen Stellen den Bürgern in den nächsten Wochen in einer Bürgerversammlung im Stadtteilzentrum ihr Konzept vorstellen und den Betroffenen Rede und Antwort stehen.

Ende gut, alles gut?

Die Bewohner der Frankfurter Allee Süd beschäftigt schon lange die Frage, wann endlich die Kreuzung Frankfurter Allee/Buchberger Straße ausgebaut wird. Das würde nicht nur das Gewerbegebiet attraktiver machen, sondern vor allem auch den Kiez vom Durchgangsverkehr entlasten. Deshalb habe ich bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft im Juni 2012 Akteneinsicht genommen, und Evrim Sommer hat eine weitere Anfrage im Parlament gestellt.

Wie ist der Stand der Dinge? Nach Auskunft des Senates hängt die Bewilligung der Gelder für den Kreuzungsausbau nunmehr allein vom Bezirksamt ab. Seit einem gemeinsamen Gespräch zwischen Senat und Bezirksamt am 30. März wartet der Senat auf eine Mitteilung, ob das Bezirksamt eine Eigenbeteiligung von 40 Prozent übernehmen kann. Das Bezirksamt muss sich schon

fragen lassen, warum diese Entscheidung immer noch nicht getroffen ist. Und warum hat das Bezirksamt diesen Zwischenstand nicht selbst öffentlich gemacht? Sieht so die Informationspolitik des SPD-geführten Bezirksamtes aus?

Weil 40 Prozent Eigenbeteiligung „zu teuer“ ist, verhandelt das Bezirksamt mit dem Investor eines dort geplanten Bauarkes, ob mit dessen Hilfe der Umbau finanziert werden kann. Die Zeichen dafür stehen gut – so Baustadtrat Nünthel. Hoffentlich bleibt es dabei. S. Schlüsselburg

Bürger beteiligen

Nach Auskunft des Bezirksamtes wird der Beauftragte für das Stadtumbau- und Sanierungsgebiet Frankfurter Allee Nord voraussichtlich ab September 2012 die Arbeit aufnehmen können. Damit ist nun endlich eine wichtige Voraussetzung für die Bürgerbeteiligung im Wohngebiet geschaffen.

Dazu erklären Sebastian Schlüsselburg und Janneh Magdo (DIE LINKE in der BVV): „Jetzt muss ohne Zögern die Wahl einer Stadtteilvertretung vorbereitet und ein Vorortbüro zur Bürgerbeteiligung eröffnet werden. Dazu fordert DIE LINKE das Bezirksamt in einem Antrag für die kommende BVV-Sitzung auf. Wir begrüßen, dass das Bezirksamt unseren Vorschlag unterstützt ...“

Gleichzeitig fordern wir das Bezirksamt auf, die Finanzierung der Stadtteilvertretung abzusichern. Seit Beschluss des Landeshaushaltes stand hierfür ausreichend Zeit zur Verfügung.“ Schlüsselburg/Magdo

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Mieten an der Mole

An der Mole in der Rummelsburger Bucht sollen sich künftig auch Leute mit kleinem Geldbeutel und Empfänger von Transferleistungen einmieten können. Das beschloss der Ausschuss Ökologische Stadtentwicklung auf Drängen der LINKEN in seiner Sondersitzung Ende August.

Wohnen am „Kalinka“

Neue Bebauungsplanverfahren wurden für die Grundstücke Alt-Friedrichsfelde 69 – 71 und Alt-Friedrichsfelde 67 – 68 eröffnet. Das setzte DIE LINKE in der BVV durch, um dort nach 20 Jahren Verfall endlich preiswertes Wohnen zu ermöglichen.

Gemeinsames Gedenken

Die BVV hat beschlossen, dafür zu werben, weitere Schulen im Bezirk für eine Beteiligung am Gedenken zum 27. Januar, dem Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocausts, zu gewinnen. Es gab nur zwei Gegenstimmen, die der NPD. Also, alles richtig gemacht.

Lücke füllen

Zu Nachnutzung des – leider noch – Nazi-Ladens in der Lückstraße 58 hat das „Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz“ einen Wettbewerb ausgelobt. Vorschläge bitte bis zum 14. Oktober schriftlich einreichen unter www.bunterwind.de.

Geht doch

Gemeinsame Anträge von CDU, SPD, Grünen und der LINKEN im Bezirk sind leider die Ausnahme. Der Forderung der LINKEN, in Lichtenberg zusätzliche Kita-Plätze zu schaffen, schloss sich die „Zählgemeinschaft“ dann aber doch noch an.

Warten ohne Eile

Das mobile Wartehäuschen und die Bushaltestelle am U-Bhf. Tierpark waren nach Abschluss der Bauarbeiten nicht mehr nah beieinander – unzumutbar z. B. für ältere Menschen. DIE LINKE hat das Bezirksamt ersucht, mit der BVG über eine Umsetzung des Wartehäuschens zu sprechen.

Vorgestellt: Martha aus Griechenland

Ich bin Martha Vasileiadi, 34 Jahre alt, und auf Einladung von Gesine Löttsch für einen Monat im Bundestag tätig. Ich komme aus einer typischen griechischen Familie. Meine Schwester, 29 Jahre alt, und ich leben bei unseren Eltern, weil wir uns keine eigene Wohnung leisten können. Meine Schwester arbeitet in der Verwaltung eines Altenheims. Seit fast zwei Jahren hat sie keinen Lohn erhalten. Hin und wieder gibt es Taschengeld. Sie ist sehr deprimiert.

Mein Vater hatte ein Reisebüro für alternativen Tourismus betrieben, meine Mutter hat als Bibliothekarin an einer Universität gearbeitet. Seit ein paar Jahren sind sie Rentner. Ihre Renten wurden um 20 Prozent gekürzt, selbst die niedrige Rente meiner Mutter.

Ich habe fünf Jahre als Vertretungslehrerin gearbeitet und Deutsch unterrichtet. Mein Vertrag lief immer nur für ein Schuljahr. In den Ferien musste ich mich arbeitslos melden. Vor der Krise bekam ich etwa 1200 Euro im Monat. Plötzlich bekam ich für dieselbe Arbeit nur noch 700 Euro. Und weil zugleich die Anzahl der Stunden, die

ich unterrichten durfte, gekürzt wurde, hatte ich nur noch 450 Euro.

Mein Freund wurde entlassen. Er hatte zehn Jahre lang als Verkäufer in einer Filiale des deutschen Baumarkts „Praktiker“ gearbeitet. Seine nicht gekündigten Kollegen des Baumarkts wurden gezwungen, neue Arbeitsverträge mit schlechteren Konditionen zu unterschreiben.

Wir alle haben viele Jahre lang gearbeitet und in die Krankenversicherung eingezahlt. Die sagt nun, sie sei pleite und bezahlt Ärzte oder Apotheker nicht mehr. Wer krank ist, muss seine Medikamente selbst bezahlen, oder er bekommt keine Medizin.

Jeder zweite Grieche ist inzwischen arbeitslos. Ohne Arbeit können wir aber keine Steuern zahlen und keine Schulden abbauen. Die sogenannten Hilfspakete sind keine Hilfe, sondern Sterbegeld. Unser Ministerpräsident Samaras hat den Deutschen versprochen, dass Griechenland alle Schulden zurückzahlen wird. Uns – den Griechen – hat der Ministerpräsident noch nichts versprochen. Ich warte auf das Versprechen, dass Samaras dafür sorgt, dass die reichen Griechen endlich ihre Steuern zahlen und nicht ihr Geld außer Landes schaffen. Wird uns Samaras dieses Versprechen geben?

Martha Vasileiadi

Gedenken in Malá Úpa Gegen Personalabbau

Rund 300 Teilnehmer aus Polen, Tschechien und Deutschland kamen im August zum antifaschistischen Treffen nach Malá Úpa (siehe auch „info links 6/2012“). Auch eine Delegation aus Lichtenberg war dabei. Sie überbrachte ein Grußwort des Bezirksvorstandes und von Gesine Löttsch. Gerhard Langguth erzählte eindrucksvoll, wie sein Vater im Krieg von tschechischen Widerstandskämpfern vor dem Zugriff der Nazis geschützt wurde.

Wegen des immer höher werden Altersdurchschnitts der Teilnehmer wird es immer wichtiger, die Erfahrungen und Traditionen weiterzugeben. Der stark vertretene polnische antifaschistische Jugendverband will neuen Teilnehmern Mut machen, sich an diesen Treffen zu beteiligen.

Am Tag zuvor besuchte ein Teil der deutschen Teilnehmer das ehemalige KZ Groß Rosen in Polen. Hier ließen 40000 Gefangene im Steinbruch ihr Leben. Nicht wenige mussten Zwangarbeit für Siemens und Blaupunkt leisten. Die Besucher legten Blumen und eine Schleife nieder.

Silke Wenk

In einem Offenen Brief an die Beschäftigten des Bezirksamtes haben sich die fünf Lichtenberger Mitglieder der Linksfraktion des Abgeordnetenhauses Wolfgang Albers, Katrin Lompscher, Marion Platta, Evrim Sommer und Harald Wolf mit dem Protest gegen die Personalabbaupläne des Senates in den Bezirken solidarisiert. In dem Schreiben wird die öffentliche Personalversammlung vom 6. September begrüßt. Zugleich stellen die Unterzeichner fest: „Der Protest-Brief und Demonstrationsaufruf von Bezirksbürgermeister Geisel an alle Mitarbeiter/-innen des Bezirksamtes vom 28. August 2012 erweckt den Eindruck, als seien hier fremde Mächte gegen das Wohl des Bezirkes am Werk. Das stimmt nicht, denn auch die Abgeordneten von SPD und CDU aus Lichtenberg, darunter der SPD-Kreisvorsitzende Ole Kreins, haben dem Personalabbau zugestimmt und die Anträge der Opposition abgelehnt.“ Ein zukunftsfähiges Personalentwicklungskonzept für Berlin, frei von ideologisch motivierten Spar- und Privatisierungszwängen, sei überfällig.

Martin Walter

Veranstaltungen

- **Sonnabend, 15.9., 10 Uhr**
„Wider das Vergessen“, gemeinsam Stolpersteine putzen!; Treffpunkt: Platz vor dem Eingang der Trabrennbahn Karlsruhorst, Treskowallee
- **Sonnabend, 15.9., 13 Uhr**
„Kiez gemeinsam erleben“, Kiezfest des Jugendklubs „Linse“, mit einem Infostand von 'solid; Parkaue
- **Sonnabend, 15.9., 11 Uhr**
Familienfest mit Christina Emmrich; Treffpunkt: Aktivspielplatz, Dolgensee-straße 16–18
- **Dienstag, 18.9., 18 Uhr**
„Klar sehen und doch hoffen“, Veranstaltung in der Reihe „geDRUCKtes“, Lesung und Gespräch mit Friedrich Schorlemmer und Dr. Gesine Löttsch; Karl-Liebke-Haus
- **Mittwoch, 19.9., 18.30 Uhr****
„Zur Lage in der LINKEN und zum Stand bei der Erarbeitung der Wahlstrategie zur Bundestagswahl 2013“, öffentliche Veranstaltung der LINKEN mit Dr. sc. Bernd Ihme (Parteivorstand)
- **Montag, 24.9., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Sonnabend, 29.9., 11.30 Uhr**
„UMfairTEILEN, Reichtum besteuern“, Aktionstag, Potsdamer Platz

Veranstaltungsort:

* Alfred-Kowalke-Straße 14, ** Ahrenshooper Straße 5

Hauptversammlung einberufen

Der Bezirksvorstand der LINKEN beruft die 4. Tagung der 3. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg ein:

Sonnabend, 13. Oktober 2012, 9 Uhr
(Einlass ab 8 Uhr), Aula des OSZ Bürowirtschaft II, Marktstraße 2–3, 10317 Berlin, Eingang Schreiberhauer Straße.

Vorläufige Tagesordnung

- Kampagne „Wohnen und Mieten in Lichtenberg“
- Wahl der Delegierten zum 4. Landesparteitag der LINKEN. Berlin
- Wahl der Vertreter/-innen zur Landesvertreter/-innenversammlung der LINKEN. Berlin
- Diskussion und Beschlussfassung

Wolfgang Schmidt

Mein gedrittelter Wahlkreis 3

Von Marion Platta

Drei Stadtteilzentren hat mein Wahlkreis. In ihnen bin ich regelmäßig vor Ort – in Althohenschönhausen-Süd, im Fennpfuhl und im Rosenfelder Ring. Aus den Bürgersprechstunden nehme ich viele Probleme zur Klärung mit, so z. B. zur immer noch notwendigen Lärmreduzierung in der Hohenschönhauser Straße, zur Neuvermietungspraxis der HOWOGE und zur unerwünschten Überflutung von Briefkästen mit Werbung.

Mieten und Wohnen sind für unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus ein Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit. Dazu stellte ich eine „Kleine Anfrage“ und arbeitete an ersten Anträgen der Fraktion mit, in denen Lichtenberger Erfahrungen einfließen.

Präsent in den Kiezen

Meine Teilnahme im Forum Fennpfuhl, dem Treffpunkt von Akteuren von Freien Trägern, der Bürger- und Mieterinteressenvertreter sowie von bezirklichen Einrichtungen, vertiefte ich meine Kenntnisse von Problemen im Kiez. Schnell konnten so Probleme auch in die BVV getragen werden. Für den Freizeitsportplatz Am Weißenseer Weg 100 wird es neben dem kommerziellen Anbieter für Beachvolleyball auch eine akzeptable Lösung geben müssen.

Viele Aktivitäten gibt es im Rahmen von „40 Jahre Fennpfuhl“; wie sich das Gebiet entwickelt hat, zeigt nicht nur das Baugeschehen rund um den Anton-Saefkow-Platz, sondern ist auch in der Auswertung der Bürgerbefragung des Bürgervereins, bei dem ich aktives Mitglied bin, nachlesbar. Veranstaltungen, wie die von mir mit organisierte Bürgerversammlung zur Situation der Ausstattung mit Kitaplätzen im Stadtteil, werden wir weiter nutzen, um unser Wirken im Kiez und für den Kiez zu unterstreichen.

Im Kiezbeirat Landsberger Allee bin ich seit diesem Jahr ständiger Gast. Von Vorteil ist hier der Zusammenschluss der Basisgruppen zu einem Ortsteilverband, da so auch organisatorisch eine Stärkung der LINKEN im Gebiet erfolgt, die sich nicht zuletzt in den ersten Aktivitäten zur Unterstützung der Unterschriftenaktion für das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ bewähren konnte.

Das Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung habe



Marion Platta mit Mitgliedern der Initiative zum Erhalt des Nicaragua-Giebelwandbildes auf dem Monimbó-Platz. Bei der „Langen Nacht der Bilder“ am 15. September findet hier ab 16 Uhr ein Benefizkonzert statt.

ich auch im Gebiet um den Rosenfelder Ring popularisiert und konnte hier eine Bürgerversammlung gemeinsam mit einem der Akteure des Energietisches vorbereiten. Für mich als umweltpolitische Sprecherin unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus ist die Rekommunalisierung ein wichtiger Schritt bei der Mitbestimmung des sozial-ökologischen Umbaus in unserer Stadt.

Giebelwandbild gefährdet

Wichtig ist mir auch das Schicksal des Giebelwandbildes auf dem Monimbó-Platz. Mit der Initiative zur Rettung dieses Kunstwerkes setze ich mich erneut für dessen Reproduktion ein – ein Bauschaden zwingt uns dazu. Die Bearbeitung der Mängelanzeige ist im Gang und erste Gespräche mit Fassadenkünstlern, die sich die erneute Reproduktion zutrauen und bereits sichtbare Zeichen in unserem Bezirk gesetzt haben, sind erfolgt. Dennoch wird es noch ein langer Weg.

Umweltschutz

Gegenwärtig beschäftige ich mich mit der Umsetzung der Maßnahmen der Strategie Stadtlandschaft Berlin: Klima- und sozialgerechte Weiterentwicklung der Grün- und Freiräume in Berlin. Für Lichtenberg wird es noch in diesem Herbst aus dem darin enthaltenen Projekt „Stadtbaumoffensive“ 200

neue Bäume geben. Es wäre schön, wenn sich bei der Standortauswahl für die Bäume auch die Bürger einbringen.

Am 20. September beginne ich im Stadtteilzentrum Lichtenberg Nord/Fennpfuhl mit einer thematischen Bürgersprechstunde unter dem Titel „Berlin ist auf den Hund gekommen“ die Diskussion mit Experten und Bürgern zum geplanten neuen Berliner Hundehaltungsgesetz. Dabei geht es um kompetente Hundehalter, Erfahrungen aus anderen Kommunen und der Einschätzung der Berliner Situation, und es werden neue Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger erprobt.

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, Donnerstag, 20.9., 17 Uhr, STZ Lichtenberg Nord am Fennpfuhl
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0163/588 12 05, nach Vereinbarung
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, Donnerstag, 18.10., 17 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, nach Vereinbarung

Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Die Krise brummt

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Leben wir auf einer Insel der Seligen? Um uns herum tobt die Krise. Nur in Deutschland haben wir immer noch ein kleines Wachstum zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2012 nahmen Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen 8,3 Milliarden Euro mehr ein, als sie ausgaben. Das gab es schon lange nicht mehr. Ausschlaggebend waren die Überschüsse der Sozialversicherung von 11,6 Milliarden Euro. So stiegen die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer im ersten Halbjahr um 6,3 Prozent auf 109,1 Milliarden Euro, die aus Sozialbeiträgen um 2,8 Prozent auf 217,9 Milliarden Euro. Sogar die Staatsausgaben sind im selben Zeitraum um 0,8 Prozent gestiegen. Wie machen wir das eigentlich? Warum machen es uns die anderen Europäer nicht einfach nach?

Es gibt viele Gründe. Auf einen will ich hier näher eingehen: In meine Sprechstunde kam eine arbeitslose Frau, die nicht länger akzeptieren wollte, dass die Regierung den Griechen hilft, aber nicht den verzweifelten Arbeitslosen in Deutschland. Das aber ist ein weit verbreitetes Missverständnis.

Die Euro-Krise ist nicht nur für den Finanzminister ein gutes Geschäft. „Hilfspakete“ erhalten weder Griechenland noch Spanien oder Portugal. Die Bundesregierung vergibt Kredite, die die Krisen-Länder natürlich mit Zinsen zurückzahlen müssen. Das Geschäft besteht darin, dass der deutsche

Staat sogar durchs Schuldenmachen Geld verdient. Beim Verkauf von Anleihen mit einer Laufzeit von sechs Monaten nahm der Bund zuletzt 3,9 Milliarden Euro ein. Der durchschnittliche Zins lag bei minus 0,0122 Prozent. Die Anleger bezahlen also eine Prämie dafür, dass sie dem deutschen Staat Geld leihen dürfen! Die Regierung vergibt die Kredite an Griechenland zu einem variablen Zins, der im Augenblick bei 3,1 Prozent liegt. Wenn das kein gutes Geschäft ist!

Folker Hellmeier, Chefanalyst der Bremer Landesbank, geht davon aus, dass der deutsche Zinsvorteil bei konservativer Berechnung bei 45 Milliarden Euro liegt. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass im Bundeshaushalt 2013 3,1 Milliarden Euro weniger für Zinszahlungen ausgegeben werden müssen. Weder die Arbeitslosen noch die Beschäftigten in Deutschland müssen also für Griechenland bluten. Im Gegenteil: Die Krise ist ein lukratives Geschäftsmodell für die Banken und die Bundesregierung. Natürlich kann keiner sagen, wie lange dieses riskante Geschäft noch funktioniert.

Die Kanzlerin ist schon jetzt in der Eurozone politisch isoliert. Es ist absehbar, dass die Krise auch uns treffen wird. Die Krisenländer waren über Jahrzehnte Hauptabnehmer unserer Exporte. Das wird sich schneller ändern, als es uns lieb sein kann.

Hat die Kanzlerin Krisenvorsorge betrieben? Nein. Die Bundesregierung folgt nicht ihren eigenen Empfehlungen an die Krisenländer. Der Bundeshaushalt 2013 ist kein Kürzungshaushalt, sondern ein Bundestagswahlhaushalt. Es werden Geschenke verteilt.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de

● **Sprechstunde:** 17. September und 10. Oktober, jeweils 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte anmelden!)

Ihr Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de. **Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**

Allerdings nicht an Familien, Rentner und Arbeitslose, sondern z. B. an energieintensive Unternehmen. Sie müssen immer noch nicht die volle Ökosteuer zahlen. Sie sparen so 2,3 Mrd. Euro pro Jahr ein. Die Rüstungsindustrie wird – wie jedes Jahr – großzügig bedient. Und auch der unsägliche Verfassungsschutz soll mehr Steuergelder erhalten. Im letzten Jahr war die Regierung nach Bekanntwerden der NSU-Morde gezwungen, den Härteleistungsfonds für die Opfer extremistischer Gewalt auf eine Million Euro zu erhöhen. Den Angehörigen der Opfer wurden „Härteleistungen als Pauschalbeträge gewährt“. Und im Entwurf zum neuen Haushalt hat die Regierung die Mittel des Härteleistungsfonds gleich einmal um 50 Prozent gekürzt. Einen weiteren NSU-Skandal kann sich die Bundesrepublik nun zumindest haushalterisch nicht mehr leisten.

DIE LINKE wird in der Haushaltsdebatte den Schwerpunkt wieder auf die Einnahmen legen. Auch wenn die Steuereinnahmen jetzt noch sprudeln, wird sich das mit der zu erwartenden Konjunkturflaute schnell erledigt haben. Unsere Fraktion hat einen Antrag initiiert, die Finanztransaktionssteuer, die schon einmal in den Haushalt eingestellt war, wieder in den Haushaltsplan aufzunehmen. Es ist schon dreist, wie der Finanzminister und die Kanzlerin immer wieder behaupten, die Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ohne etwas dafür zu tun. Daran wird sich erst etwas ändern, wenn sich die ehrlichen Steuerzahler wehren, die Krisenlasten allein zu tragen.

Tortenanschnitt im Ring-Center: Gesine Lötzsch und die stellvertretende Bezirksvorsitzende der LINKEN Katrin Petermann (links) eröffneten Ende August die Wanderausstellung des Bundestages.



Foto: Rico Prauss



Street-Yoga: Kunst auf Straßenschildern



Foto: Silke Wenk

Kleinen Figuren aus Korken und Schaschlick-Spießen turnen auf Berliner Straßenschildern herum. Über 350 Stück hat Josef Foos schon in der Stadt verteilt. Josef Foos ist Yoga-Lehrer und kam durch einen Zeitungsartikel über den Londoner Künstler Slinkachu im Jahre 2009 auf diese verrückte Idee. Slinkachu bastelt ganze Szenen aus winzigen bunten Figuren, und auch sie verstecken sich im Straßenbild. Die Figuren von Foos stellen Yoga-Übungen dar, sie sind

fröhlich und immer gewaltlos. Man muss allerdings offenen Auges durch die Straßen gehen, will man sie finden, denn die Zahl 350 ist noch nicht viel angesichts der 5342 km Straßenlänge in Berlin.

„Das besondere an den Street-Yogis ist, dass sie – obwohl im öffentlichen Straßenland stehend – für die meisten unsichtbar sind. Wenn sich Ihnen ein Street-Yogi zeigt, möchte er Ihnen Freude und Glück bringen.“ So sieht es Josef Foos. *Silke Wenk*

Chaostheorie

Im Kulturamt habe bei ihrer Amtsübernahme Chaos geherrscht, lässt sich die Lichtenberger Bezirksstadträtin Kerstin Beurich in der „Berliner Woche“ (15.8.) zitieren. Beinahe wäre mir im Urlaub diese unfreundliche Kopfnote für Mitarbeiter entgangen.

Als Bezirksverordneter, langjähriger Beobachter und Begleiter des Kulturlebens des Bezirks bin ich doch etwas befremdet über solch unbedarftes Urteil. Die Berichte des Bezirksamtes und die Informationen der

Stadträtin an den Ausschuss Kultur der BVV enthielten bisher keine Hinweise auf solche Missstände. Vielleicht war es ja auch ein produktives Chaos, das beachtliche Leistungen hervorgebracht hat. Berliner Kulturschaffende haben dem Bezirk jedenfalls in den zurückliegenden Jahren immer Respekt und Anerkennung gezollt. Der Ruf „haltet den Dieb“ ist ungeeignet für die Bewältigung neuer Herausforderungen, und öffentliche Abmahnungen schaffen allemal kein Vertrauen. *Jürgen Hofmann*

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 7/12: 10.9.2012

Die nächste Ausgabe erscheint am 11.10.2012

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 28.9.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

● noch bis zum 4.10.

Die Ausstellung: „Kunst und Medizin-Prävention auf neuen Wegen“ beschäftigt sich mit den Themen „Berliner Luft in unserer Lunge“ und „Gesund ernähren – kommt, macht alle mit“, gemalt in einem Kunst-Projekt des Arztes Dr. Helmut Hoffmann von den ältesten Kindern der 4. Klasse der Vineta-Grundschule und des INA.KINDER.GARTENS; Anna-Seghers-Bibliothek

● Dienstag, 18.9., 19 Uhr

„Das Fräulein von Scuderi“, Schauspiel von E. T. A. Hoffmann in der Fassung von Sascha Bunge; Theater an der Parkaue, Parkaue 29

● Sonnabend, 22.9., 19 Uhr

Big Band Battle: Big Swingin' Group, Bigband Just Mad, Kleene Bigband, gemeinsames Konzert der Schostakowitsch-Musikschule und des Jazz Treff Karlshorst e. V.; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36

● Sonntag, 23.9., 14 – 17 Uhr

Auf den Spuren der Indianer – einen Nachmittag lang wie ein Indianer leben; Blockhütte im Grünen, Naturschutzstation Malchow, Dorfstraße 35, Teilnahmebeitrag: 1 € pro Person

● Mittwoch, 26.9., 19.30 Uhr

„Literatur am Fenster“, Martin Jankowski lädt ein zu Lesung und Gespräch mit seinen Gästen; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

● Freitag, 28.9., Sonnabend, 29.9., 20 Uhr, sowie Sonntag, 30.9., 18 Uhr

Premiere: „Geradezu-Pervers-Normal“, Olaf Ostertag zu Gast im Zimmertheater mit seinem neuen Kabarett-Programm; Zimmertheater Karlshorst, KULTschule, Sewanstraße 43

● Freitag, 28.9., 17 – 21 Uhr

„Abgrillen“ in der KULTschule, mit Tanz, Bier und Wein; Sewanstraße 43

● Sonnabend, 6.10., 18 Uhr, Sonntag, 7.10., 16 Uhr

„Alles Wende ohne Ende“, politisch-satirisches Kabarett (Alwert, Knorr, Kühn, Morgenstern); KULTschule, Sewanstraße 43

● Freitag, 12.10., 17 Uhr

Gastspiel des Zimmertheaters in der „Kiezspinne“ zum „Tag der Ehrenamtlichen“: „Zu wahr, um schön zu sein“, politisches Kabarett; Schulze-Boysen-Straße 38